

„Kein Kind zurücklassen“

Samstag, 16. Februar 2013

NR. 40 RHAM1

Hannelore Kraft in Hamm

Von Dierk Hartleb

HAMM. Auch wenn sie nicht in der selben Partei sind, wie Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann mit einem Lächeln auf den Lippen feststellte, ist er sich mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in einer entscheidenden bildungspolitischen Fragestellung völlig einig: „Wir können es uns schon aus demografischen Gründen nicht leisten, ein Kind zurückzulassen“, bekannte der CDU-Rathauschef an der Seite der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin bei ihrem gemeinsamen Besuch am Freitagmorgen in der Hermann-Gmeiner-Grundschule.

Eingehend ließ sich Kraft von Schulleiterin Cornelia Lagoda und Bildungsbegleiterin Jutta Schäfer über die Arbeit der Schule mit den Eltern unterrichten, ging in

den Unterricht und setzte sich mit auf die Schulbank, um anschließend das Gespräch mit den Eltern zu suchen. „Wir müssen die Präventionskette noch enger knüpfen“, lautete eine Erkenntnis, die die Ministerpräsidentin von ihrem Besuch in Hamm als Modellstadt für das Programm „Kein Kind zurücklassen“ mit nach Düsseldorf nahm. Die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule sei schon recht gut. Aber anzustreben sei, die Eltern schon während der Schwangerschaft, spätestens aber nach Geburt in die Arbeit einzubeziehen. Lagoda und Schäfer konnten den Erfolg der Prävention auch zahlenmäßig beziffern: 70 Prozent der Kinder, deren Sprachkompetenz schon in der Kita regelmäßig gefördert werde, könnten bei der Einschulung mit guten Deutschkenntnis-



Auf Tuchfühlung mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gingen am Freitag die Schüler der Hermann-Gmeiner-Grundschule.

Foto: -rb-

sen aufwarten. Die übrigen 30 Prozent stellten allerdings nach wie vor ein Problem dar, räumte die Schulleiterin ein.

Eine gute Bildungspolitik hänge nicht von der Größe des Geldbeutels ab. Das vorhandene Geld müsse viel-

mehr richtig ausgegeben werden, meinte Kraft. Richtig angelegt sieht es Hunsteger-Petermann bei den Bildungsbegleitern, die auch in die Familien hineingehen, was sich die Stadt jährlich 1,4 Millionen Euro kosten lasse. Hier wünschte sich der

Oberbürgermeister eine verlässliche Finanzierung.

Zuvor hatte die Ministerpräsidentin die nur einige hundert Meter entfernte Kindertagesstätte „Drei Könige“ besucht und mit dem Leiter sowie den Eltern das Gespräch gesucht.